

## Thyssenkrupp will mit U-Boot-Sparte an die Börse

**KIEL/ESSEN** Die Pläne für die Verselbstständigung des hoch ausgelasteten Kieler U-Boot-Bauers Thyssenkrupp Marine Systems (TKMS) schreiten voran. Der Essener Mutterkonzern Thyssenkrupp plant einen Börsengang seiner Marine-Sparte. „Wir wollen den Börsengang noch im Kalenderjahr 2025 vollziehen. Dafür bereiten wir auch eine außerordentliche Hauptversammlung vor“, sagte Thyssenkrupp-Vorstandschef Miguel López der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“.

Der Industriekonzern will das Steuer aber nicht komplett aus der Hand geben. „Wir wollen Marine-Aktien ausgeben, die unsere Aktionäre direkt in ihr Depot gebucht bekommen. Klar ist, Thyssenkrupp behält die Mehrheit, also mindestens 51 Prozent“, sagte López.

Der Rüstungskonzern TKMS verfügt neben seiner Hauptwerft in Kiel unter anderem auch über eine Werft in Wismar in Mecklenburg-Vorpommern, wo er künftig wie in Kiel U-Boote bauen und auch Kampfschiffe fertigen will.

Es gab bereits Gespräche mit der Bundesregierung und der Förderbank KfW über einen Einstieg des Bundes. Zu Details wollte sich das Bundeswirtschaftsministerium nicht äußern. *dpa*

# Plädoyer für eine Kehrtwende

Zwei führende schleswig-holsteinische CDU-Wirtschaftsexperten mahnen mehr soziale Marktwirtschaft an

**Claudia Ellersiek**

**PINNEBERG** Verwaltungen verschlanken, bürokratische Hürden abbauen, Anreize für qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland schaffen, den Mittelstand entlasten – es ist ein ganzer Katalog an Sofortmaßnahmen, die der Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates Schleswig-Holstein, Dr. Christian von Boetticher, und sein Stellvertreter, Professor Stefan Liebing, von der neuen Bundesregierung fordern.

Im Gespräch mit Gerrit Bastian Mathiesen, Chefredakteur unserer Zeitung, warnten die führenden Köpfe des CDU-Wirtschaftsrates außerdem vor den Folgen



„Die Zahl der Gesetze und Verordnungen hat sich in den letzten 25 Jahren vervierfacht.“

**Stefan Liebing**  
CDU-Wirtschaftsrat

eines Scheiterns: „Wenn wir nicht wollen, dass in vier Jahren die Extremisten regieren, haben wir jetzt noch eine letzte Chance, das Ruder rumzureißen“, so der Quickborner Stefan Liebing mit Blick auf das Ergebnis der Bundestagswahl.

Es kommt eine Menge Arbeit auf die voraussichtlich von Friedrich Merz geführte neue Regierung zu – auch davon sind die Christdemokraten aus dem Kreis Pinneberg überzeugt. Der Arbeitsberg sei hoch, die Erwartung an die neue Regierung „fast unmenschlich“, der Erfolgsdruck kaum geringer. Und trotzdem ist der Weg für Liebing und von Boetticher klar. Vor allem brauche es kurzfristige Maßnahmen und schnelle erste Erfolge, sind sie überzeugt.

Eines ihrer wichtigsten Themen ist die Entlastung des Mittelstandes. Dabei sind die Löhne und Gehälter sowie die Unternehmenssteuer nach ihrer Einschätzung nicht das dringlichste Problem. „Das haben die Unternehmen immer wettgemacht durch die hohe Exportrate und die Innovationskraft“, so Christian von Boetticher. Wenn allerdings zusätzlich die Energiepreise auf ein Rekordniveau stiegen, schaffe es der Mittelstand nicht mehr, seine Produkte zu marktgerechten Preisen anzubieten.



Skizziert Wege aus der Wirtschaftskrise: Christian von Boetticher, Landesvorsitzender des CDU-Wirtschaftsrates Schleswig-Holstein, im Gespräch mit Gerrit Bastian Mathiesen, Chefredakteur unserer Zeitungen. Foto: Ann-Kathrin Just

Deshalb fordern sie eine stärkere Orientierung an den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft, wollen den Wettbewerb ankurbeln und die Innovationskraft stärken. Gelingen wird das nur, so ihre Überzeugung, wenn sich der Staat weniger einmischt. „Die Zahl der Gesetze und Verordnungen hat sich in den letzten 25 Jahren vervierfacht“, kritisierte Stefan Liebing und sprach sich für eine deutliche Reduzierung aus. Christian von Boetticher machte deutlich, wen er dabei in der Verantwortung sieht: „Das muss ein klarer Auftrag an die Verwaltungen sein und aus ihnen heraus umgesetzt werden.“

Weniger Staat wird nach beider Ansicht auch dabei hel-

fen, den ökologischen Umbau der Wirtschaft und die Energiewende schneller umzusetzen. Er solle künftig lediglich den Rahmen vorgeben, die Ziele definieren, „aber dann muss er es den Unternehmen überlassen, wie sie dahin kommen“, so von Boetticher.

### Umdenken in Richtung mehr Eigenverantwortung

Deutschland habe in den vergangenen Jahren eine staatliche Energiewende mit ganz wenig Frei- und Spielräumen für Unternehmen und Privathaushalte versucht, kritisierte Christian von Boetticher weiter und forderte eine zügige Kurskorrektur. Grundlage dafür muss nach seiner Ein-

schätzung eine einheitliche Energiestrategie sein, in der keine Technologie komplett ausgeschlossen werden dürfe. Zusammen mit Stefan Liebing sprach er sich außerdem für eine Ausweitung des CO<sub>2</sub>-Zertifikatshandels aus, für sie ein gutes Instrument, um Innovationen zu fördern.

Zur Erklärung: Der Emissionshandel gilt als zentrales Steuerungselement im Klimaschutz. Die entsprechenden Zertifikate müssen Unternehmen kaufen, um damit ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu kompensieren. Ihr Preis steigt jedes Jahr weiter an, weil die Gesamtmenge der zur Verfügung stehenden Emissionsrechte kontinuierlich sinkt. Das erhöht den Anreiz für die Unternehmen, in Klimaschutzmaßnahmen zu investieren.

In der Pflicht sehen die Wirtschaftsexperten aber nicht allein die Bundesregierung. Vielmehr fordern sie ein Umdenken in Deutschland von einer staatlichen Vollversorgungsmentalität hin zu mehr Eigenverantwortung. Stefan Liebing: „Wir haben die Bevölkerung schon in der Finanzkrise daran gewöhnt, dass der Staat immer eingreift, wenn es schwierig wird.“ In der Bürokratie fühle sie sich inzwischen auch ganz wohl, weil alles geregelt werde. „Das macht uns aber nicht unbedingt wettbewerbsfähiger“, stellte auch Christian von Boetticher klar.